

EDU ergreift Referendum gegen ESC-Kredite in Basel oder Genf



EDU ergreift Referendum gegen ESC-Kredite

Quelle: EDU Schweiz

Die Durchführung des «Eurovision Song Contest» in der Schweiz ist der EDU Schweiz ein Dorn im Auge. An der Delegiertenversammlung vom 10. August 2024 hat die EDU entschieden, den Wettbewerb auf kantonaler Ebene mit dem Referendum zu bekämpfen.

Am 30. August 2024 gibt die SRG bekannt, welche Stadt (Basel oder Genf) den Zuschlag erhält, den Eurovision Song Contest (ESC) im Mai 2025 durchzuführen. Voraussichtlich im August oder September 2024 wird in den Kantonsparlamenten entschieden, welche Staatsbeiträge an die ESC-Kandidatur von Basel-Stadt oder Genf fließen werden.

EDU kritisiert «Propagandashow» scharf

An der Delegiertenversammlung vom 10. August 2024 hat die EDU Schweiz nun definitiv entschieden, das Referendum in jenem Kanton zu ergreifen, welcher den ESC durchführen soll (Basel-Stadt oder Genf). Auf Empfehlung der Geschäftsleitung haben die Delegierten einen fünfstelligen Beitrag zur Unterstützung des Referendums genehmigt.

Die EDU Schweiz bringt vier Hauptkritikpunkte gegen den ESC vor, wie die Partei in einer Medienmitteilung schreibt:

1. Für die Durchführung des ESC fallen **aussergewöhnlich hohe Kosten** an, welche in erster Linie durch **Steuergelder** finanziert werden sollen.
2. Bei der Durchführung des ESC wird in extremer Weise mit zweierlei Mass gemessen: Während das Verbot von allem Christlichen mit grösster Konsequenz durchgesetzt wird (Beispiel Heilsarmee am ESC 2013), gibt es **keinerlei Einschränkungen gegenüber sehr destruktiven okkulten und satanischen Darstellungen und Botschaften** (Beispiel Bombie Thug).
3. Die massiven Ausschreitungen und Demonstrationen gegen die israelische Repräsentantin Eden Golan sowie der grassierende Antisemitismus werfen ein schlechtes Licht auf den ESC und führen zu **hohen Sicherheitskosten und -risiken**. Für die Schweiz bringt der ESC somit keinen Mehrwert.
4. Der ESC wird zunehmend politisiert und zu einer **Propagandashow**, z.B. durch die Gender-Ideologie und das Thema Non-Binarität.

«Aus diesen Gründen lehnen die EDU Schweiz und ihre kantonalen Sektionen die Finanzierung des ESC mit Steuergeldern ab», teilte die Partei am 12. August 2024 mit.

Zum Thema:

[Abstimmung zur 13. AHV-Rente: «Ich hoffe, dass kein Generationenkonflikt entsteht»](#)

[«Zwielichtiges Vorgehen»: Harsche Kritik der NZZ vor der Abstimmung zur Ehe für alle](#)

[Covid-Stresstest: Christliche Nächstenliebe auf dem Prüfstand](#)

Datum: 14.08.2024

Autor: Florian Wüthrich

Quelle: Livenet / EDU Schweiz

Tags

[Politik](#)

[Schweiz](#)